

12.09.1963

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVIII/173

Bonn, den 12. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Was ist in Schröders Gepäck? Zu seiner bevorstehenden USA-Reise Von Franz Barsig	106
3 - 3a	Amsterdam Kongreß der Offensive des demokratischen Sozialismus Von G. Markscheffel, z.Z. Amsterdam	34
4 - 4a	Halbwahrheiten Der Bundesinnenminister und die Telefonüberwachung	58
4a	Sympathieverlust Zur letzten Umfrage der Meinungsinstitute	31
5 - 6	Otto Wels zum Gedächtnis Ein großer Sohn unseres Volkes Von Fritz Heine	78

Chefredakteur Günter Markscheffel.

## Was ist in Schröders Gepäck ?

Von Franz Barsig

Reden wir nicht viel über den Stil! Es ist ohnehin das letzte Mal, bevor die Engländer würden höchst schackiert die Brauen hochziehen, wenn der Premierminister auf die Idee käme, von Westerland zu regieren und Charles de Gaulle würde erheblich an Sympathien einbüßen, wenn er etwa ein halbes Kabinett auf die Bühler Höhe bestellte, um von dort aus zu reportieren, was Frankreich gut tut. Im Vergleich zu Cadenabbia und bis 1968 ist der Tegernsee zumindest geographisch erträglicher.

Nach dieser Randbemerkung aber ist zugegeben, daß die Wochenendkonferenz in Cadenabbia politisch für die Bundesrepublik von Bedeutung sein wird, denn kurz darauf wird ihr Außenminister in die Vereinigten Staaten reisen und mit dem amerikanischen Präsidenten sprechen. Ohne Zweifel werden bei den Washingtoner Verhandlungen einige Weichen vorgestellt werden, die von Bedeutung sein können, wenn im Spätherbst erneut der große west-östliche Dialog über die Entspannung in der Welt stattfindet.

Was wird der deutsche Außenminister im Reisegepäck mithaben? Zunächst einen Beschluß des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß in Zukunft militärische Entspannungsschritte mit der deutschen Frage verbunden werden sollen. Dieser Beschluß ist im Prinzip richtig. Sollte der nächste Entspannungsschritt so ausfallen, daß man das Problem der stationären Beobachtungsposten zur Vermeidung von Überraschungsangriffen lösen könnte, auch die SPD würde dafür plädieren, an diesem Punkt das Problem der größeren Sicherheit für Berlin und seiner Verkehrswege und die deutsche Frage ins Spiel zu bringen. Aber wie weit kann man bei diesen Schritten gehen, wie operiert man erfolgreich, das ist die Frage. Wird sich die Meinung in der CDU durchsetzen, die alles oder nichts fordert und damit als Bremser sowohl der Entspannung als auch von Fortschritten in der deutschen Frage wirkt oder setzen sich diejenigen Kräfte durch, die das Ziel kennen?

Werden diejenigen die Oberhand behalten, die etwa so argumentieren, wie die CDU-Zeitung "Kölnische Rundschau" am 10. September 1963, die das Teststopabkommen schreibt:

"Durch das Münchener Abkommen bekundeten die Briten ihre Bereitschaft, den Einfluß über Europa mit Hitler zu teilen. Durch den Moskauer Vertrag, der, von der schwachen britischen Rüstung abgesehen, als amerikanisch-sowjetische Kernkraftmonopol verewigert sollte, bekundeten die Amerikaner ihre Entschlossenheit, sich mit den Bolschewiken ein Verrecht zu teilen, das alle anderen Staaten in Abhängigkeit von den beiden Übermächten hatten soll. In München wollten die Briten einen bescheidenen Teil des Unrechts gutmachen, das man den Deutschen nach dem ersten Krieg zugefügt hatte. Nach dem zweiten Krieg waren die Sowjets nicht Erleider, sondern Verüber von Unrecht. Die Amerikaner haben also durch den Moskauer Vertrag Unrecht nicht gutgemacht, sondern gestützt."

Ist das die Sprache, in der die Vorverhandlungen mit den Vereinigten Staaten geführt werden sollen? Sie kommt allerdings von sehr gleichen Leuten, denen auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise die Knie schlotterten, denen die Amerikaner zu hart waren und die hell entsetzt feststellten, daß die Amerikaner das Risiko eines Kernkrieges einzugehen bereit waren. Heute üben sie sich um so geschäftiger in Großmäuligkeit gegenüber einer Nation, der wir nicht untergeordnet sind, deren Satellit wir nicht sind, aber mit der wir lebensnotwendig zusammenarbeiten müssen, wenn wir die Freiheit von Berlin bewahren und den Zipfel Hoffnung auf Wiedervereinigung in der Hand behalten wollen.

Selbstverständlich wird Schröder niemals zu unterstellen sein, er würde diese grobschlächtige Politik verfechten. Was ist, wenn er aber auf der Linie von Dr. Krone operieren muß, der am 7. September die "Deutsche Zeitung" hat wissen lassen, daß nicht nur ein Nichtangriffspakt, sondern auch ein System Überraschungsangriffe zu verhandeln, von der Bundesregierung nicht hingenommen werden sollte. Wie sieht der genaue Kabinettsbeschluß aus, den am Mittwoch Staatssekretär von Hase sehr eng interpretierte? Wie also kann Schröder operieren? Gewiß, bei einem Abkommen über stationäre Beobachtungsposten, das keinesfalls nur die beiden Teile Deutschlands umfassen dürfte, gibt es militärische Probleme zu diskutieren, ist zu bedenken, ob dadurch nicht eine unerwünschte und einseitig auf die beiden Teile Deutschlands beschränkte waffentechnische Verdünnung eintreten könnte, muß erörtert werden, wie deutsche Probleme zur Sprache gebracht werden können, aber wie wollen wir politisch handlungsfähig bleiben, wenn wir nur als die Bremsen auftreten?

#### Politik im Stellungskrieg?

Es war sehr einfach, Politik im Stellungskrieg zu betreiben. Sie ist viel schwieriger und komplizierter, wenn politisch die Fronten in Bewegung geraten. Dabei zeigt die Bundesregierung leider nur ein Bild der Verwirrung, weil sie sich nicht vorbereitet hat und sozialdemokratische Anregungen in den Wind schlug. Und trotzdem: Polemik und Streit suchen, helfen jetzt niemandem, denn das Ergebnis oder die Verdummnisse der Politik der nächsten Monate haben nicht einzelne Parteien sondern das deutsche Volk zu tragen. In welcher besseren Position wären wir, wenn in der Vorphase den Verbündeten eine gemeinsame Meinung aller deutschen Parteien vorgetragen werden könnte. Wie fruchtbarer wäre es, wenn auch die Sowjetunion nur einen Willen kennenlernen würde. Statt dessen spielt der "Deutschland-Union-Dienst" der unbedarften "lustigen Holzhackerkasern" und kommt sich äußerst originell vor, wenn er der SPD Fragen über Wilson stellt und wenn er Antworten erhält, sich dann darin gefällt, im Gegensatz zu allen ernstzunehmenden Zeitungen Krummhals zu sein, er sei noch nicht befriedigt. Seit wann ist denn die SPD eine Partei, die zur Befriedigung des DWD verpflichtet ist?

Die Sozialdemokraten haben keine Lust, sich mit dieser Kleinkariertheit auseinanderzusetzen. Sie meinen ernsthaft, daß die kommenden Monate entscheidend sind. Sie bezeugt die Sorge um das deutsche Volk und sie haben den Willen zu Kooperation. Das alles aber ist nur in den Grenzen der Selbstachtung möglich, die eine Partei wie die Sozialdemokratische nicht zu überschreiten gedenkt.

PS: Und noch eines sollte die Bundesregierung bedenken: Dr. Adenauer war es, der im Deutschen Bundestag und auch beim Besuch des amerikanischen Präsidenten ernst und feierlich die Vereinigten Staaten aufgefordert hat, die Rolle einer Führungsmacht in der Welt zu übernehmen, nicht nur weil sie die größte Nation sind, sondern weil man Vertrauen zu ihr habe. In welche Lage kommt eine Regierung, wenn einige Wochen danach Organe und Personen, die ihr sehr nahe stehen, jetzt eine so schrille Begleitmusik hinterher-schicken!

\* \* \*

Amsterdam

Kongreß der Offensive des demokratischen Sozialismus  
Von G. Markscheffel, z.Z. Amsterdam

Zum Abschluß des VIII. Kongresses der Sozialistischen Internationale in Amsterdam sind folgende Feststellungen erlaßt.

- 1) Intensive Diskussionen über die meisten zur Zeit in der Welt bestehenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Probleme haben bei den Parteien des demokratischen Sozialismus in der Beurteilung der Situation zu übereinstimmenden Grundauffassungen geführt.
- 2) Soweit zu Beginn des Kongresses Meinungsverschiedenheiten sichtbar wurden, konnten diese im Verlaufe der Aussprachen geklärt werden, wobei sich ergab, daß eine Reihe von unterschiedlichen Beurteilungen durchaus nicht grundsätzlicher Natur waren, sondern vielmehr die Folge einer nicht immer ausreichenden Information.
- 3) Der Kongreß der Sozialistischen Internationale hat einen breiten Raum seiner Arbeiten den Problemen der Entwicklungsländer in Asien und Afrika gewidmet, sowie die Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegungen in den lateinamerikanischen Staaten einer gründlichen Analyse unterzogen.
- 4) Es ist beachtlich, daß durch die Darstellungen des Generalsekretärs des internationalen Bundes freier Gewerkschaften, Omar B e c u, nicht nur eine Reihe von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien gemeinsame Auffassungen entwickelt wurden, sondern auch geklärt werden konnte, welche praktischen Fragen in Zusammenarbeit freier Gewerkschaften und sozialdemokratischer Parteien in der ganzen Welt systematischer als bisher bearbeitet werden können.
- 5) Für die effektivere Arbeit der Sozialistischen Internationale und ihr Eingreifen in die praktische Politik wurden auf dem Kongreß einige interessante Vorschläge entwickelt, die in Kürze verwirklicht werden können.
- 6) Die Parteien des demokratischen Sozialismus haben auf ihrem VIII. Kongreß in Amsterdam deutlicher als jemals zuvor ihren politischen und praktisch politischen Anspruch angemeldet, mit ihren Ideen einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der die ganze Menschheit bedrängenden Probleme zu leisten.

Man muß bei der zusammenfassenden Darstellung der vom Kongreß in wenigen Tagen geleisteten Arbeit und in dem Bemühen, diese Arbeit richtig zu würdigen, davon ausgehen, daß die Sozialistische Internationale keine von einer Zentrale gesteuerte Organisation ist, sondern der freiwillige Zusammenschluß von politischen Parteien, die völlig unterschiedliche Entwicklungen hinter sich haben, sehr differenzierte Verhältnisse in ihren Ländern berücksichtigen müssen, aber trotzdem entschlossen sind, in dieser Welt der Widersprüche der Freiheit und der Menschenwürde mehr Raum als bisher zu verschaffen. Entscheidungen also, die auf dem Kongreß in Amsterdam einstimmig getroffen wurden, sind das Ergebnis

reiflicher Überlegungen, einer gewissenhaften Überprüfung vieler Faktoren um die zusammenfassende Darstellung eines gemeinsamen Willens zur Lösung mannigfaltiger Probleme.

Es gibt keine Organisation, die eine solche die Welt umspannende Leistung zu vollbringen vermag.

Verständlicherweise widmete der Kongreß den in Europa im Vordergrund stehenden Fragen einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit; sind doch gerade auf dem europäischen Kontinent die sozialdemokratischen Parteien Mitgestalter des europäischen Schicksals. Soweit bei der Erörterung der europäischen Fragen Differenzierungen bemerkbar wurden, ergeben diese sich ganz natürlich aus der unterschiedlichen Interessenlage der Nationen, in denen die betreffenden Parteien tätig sind. Daß es trotz dem möglich war, die entscheidenden Entschliessungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Europa-Politik und auch zur Einschätzung der Herausforderung durch den Kommunismus einstimmig zu fassen ist eine große Leistung.

Selbstverständlich werden die Experten der jeweiligen Fachgebiete auch weiterhin im engsten Kontakt miteinander bleiben, um Detailfragen, die naturgemäß auf einem so großen Kongreß nicht zu Ende diskutiert werden können, im Einzelnen zu erörtern. So betrachtet, ist es verständlich, daß sich zahlreiche Delegierte eines leichten Nihilismus nicht erwehren konnten, als sie hörten, eine große internationale Presseagentur habe die Bemerkung Harold Wilsons, er werde dem nächst mit Experten der Deutschen Sozialdemokratie die Sicherheits- und Verteidigungsprobleme weiterdiskutieren, als "die Sensation" des Kongresses bezeichnet. Auch die Behauptung, zwischen dem Präsidiumsmitglied der SFD, Fritz Erler und dem belgischen Außenminister Paul Henri Spaak hätten sich "tiefgehende Meinungsverschiedenheiten" ergeben, erscheint unsso unverständlicher, als die große Grundentscheidung zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der sozialdemokratischen Parteien einstimmig angenommen wurde.

Wer jedoch annimmt, daß diese Einstimmigkeit eine Zufallsentscheidung sei, irrt sich, denn schon vor dem Kongreß in Amsterdam hatten sich die Experten mehrfach zu Besprechungen zusammengefunden, um strittige Fragen bereits so auszudiskutieren, daß ein Höchstmaß von Übereinstimmung erreicht werden konnte.

Die deutsche Sozialdemokratie, deren Vorsitzender Erich Gellert in Amsterdam zum Präsidenten der Sozialistischen Internationalen gewählt wurde, kann rückblickend auf den Verlauf des Kongresses, sicher sein, daß die sozialdemokratischen Parteien in der ganzen Welt solidarisch in der Auffassung sind, daß der Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmungsrecht, die Sicherung Berlins und die gemeinsame und unteilbare Verteidigung der freien Welt ebenso beurteilt wird wie von der SFD selbst. Es hat sich herausgestellt, daß die Sorgen des deutschen Volkes, die Forderungen um die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas das solidarische Anliegen aller sozialdemokratischen Parteien sind und daß auch der Wille besteht, die sich hierbei ergebenden Probleme gemeinsam ihrer Lösung entgegenzuführen.

### Halbwahrheiten

#### Der Bundesinnenminister und die Telefonüberwachung

Am 17. September wird der Innenausschuß des Deutschen Bundestages die Materie weiter beraten, die man in Bonn die Telefon-Affäre nennt. Die Besprechungen mit den Fraktionsvertretern, die in einer sachlichen Atmosphäre stattgefunden haben, endeten am 19. September leider mit einem Mißklang, den allein die Bundesregierung zu verantworten hat.

Dieselbe Bundesregierung, die aus der "Spiegel"-Affäre hätte lernen sollen, daß die Taktik des Verschweigens und der Halbwahrheiten nicht zum Ziele führen. Auch die Telefon-Affäre begann mit der Erklärung eines Ministers, der sagte, er wisse von nichts und werde diejenigen Leute, die hinter seinem Rücken gehandelt haben, "herausschmeißen". War es nicht bei der "Spiegel"-Affäre ähnlich, in der ein anderer Minister die Auseinandersetzungen damit begann, daß er sagte, er habe nichts, aber auch gar nicht mit der Sache zu tun?

In der "Spiegel"-Affäre fiel das böse Wort "von Wegen ein wenig abwärts der Legalität"; in diesem Fall ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß derselbe Minister sagte, die Beamten des Verfassungsschutzes könnten nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Ein solches Wort in nachhinein zu interpretieren ist immer fatal und man soll auch nicht die Agenten, die Ministerworte bekräftigt hat, jetzt zum Sündenbock stempeln und im Deutschen Fernsehen so stark die gekränkte Unschuld spielen. Warum gibt es eigentlich in der Bundesrepublik nicht Minister, die den Mut haben zu sagen, hier ist mir eine schwere Panne passiert, ich bedauere sie?

Warum wird auch in dieser Affäre mit halber Wahrheiten operiert? Wie kann die Bundesregierung zu einem Zeitpunkt, als man die Parlamentarier vertraulich unterrichtet, erklären, daß niemals durch Namensnennung Aufträge erteilt worden sind, während wenig später der verantwortliche Abgeordnete der SPD feststellen muß, daß durch Namensnennung an alliierte Stellen Post- und Telefonüberwachung ausgelöst worden sind.

Eine sorgsam vorgehende Bundesregierung würde auch nicht den Eindruck zu erwecken versuchen, als wenn alles bis zum letzten In-Standhalten legal gewesen ist. Ihre Berufung auf den Truppenvertrag ist eine Rechtfertigung und nichts anderes. Die Opposition hat eine andere und sie glaubt auf keinen Fall, daß diese Namensnennung durch den Truppenvertrag gedeckt ist, denn Telefon- und Postüberwachung, ausgelöst durch deutsche Stellen, stehen in Widerspruch zum Grundgesetz, das durch den Truppenvertrag für deutsche Stellen nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Über Rechtsauffassungen aber können letzteren Indes nur Gerichte entscheiden.

In manchen Köpfen der CDU/CSU und der Bundesregierung scheint sich schon wieder wie bei der "Spiegel"-Affäre die Auffassung festzusetzen, die SPD sehe hier eine Möglichkeit, um der Bundesregie-

rung und den Regierungsparteien am Zeuge zu flicken. Darum geht es doch gar nicht. Es geht einzig und allein darum, die Grundrechte zu wahren und dort, wo Gesetzeslücken vorhanden sind, sie in rechtlich einwandfreier Form zu schließen und Staatssicherheit und Schutz des Bürgers und seiner Grundrechte, die allem vorzugehen haben, miteinander in sinnvollen Einklang zu bringen. Es mag welche geben, die sogar glauben, sie könnten in dieser Situation Koalitionsengeschäfte betreiben. Die SPD ist vor diesem Verdacht gefeit. Fern ist sie an dieser Koalitionsbildung nicht beteiligt.

In der Sitzung am 17. September hat die Bundesregierung eine neue Chance, das Problem fair und sauber zu behandeln, erschöpfende Auskünfte auch im Detail zu geben, neue Lösungen vorzuschlagen und Schuldige zur Verantwortung zu ziehen. Sie wird bei einem solchen Verfahren besser dastehen als jetzt, denn schließlich geht es nicht nur um die anstehende Sache, sondern zuerst darum, dem Bürger das ohnehin schon angeschlagene Vertrauen zum Staat zu erhalten.

+ + +

#### Sympathieverlust

sp Zwei Meinungsbefragungen anerkannter Institute kamen unabhängig voneinander zum gleichen Ergebnis: In der Sympathiebewertung fällt die CDU/CSU ab, die SPD hat sie überflügelt, sie steht an der Spitze. In der Bonner Parteizentrale der CDU hat dieses Ergebnis einen wahren Schock ausgelöst. Die Berufung des Herrn Dufhues zum Geschäftsführer, an die von Unionsseite hohe Erwartungen geknüpft wurden, hat sich nicht im Sinne einer Prestigerhöhung ausgewirkt; freilich sind Herrn Dufhues auch vielfach die Hände gebunden, seine Vorstellungen über eine Parteireform sind im undurchdringlichen Dickicht heftiger Rivalitätskämpfe steckgeblieben und seine Autorität, ohnehin nicht groß, litt dabei Schaden. Die Misere der Unionsparteien liegt in einem Bereich, den ein Geschäftsführer und tag er noch so tüchtig sein, nur wenig beeinflussen kann.

Die Unionsparteien hatten gehofft, durch die Regelung der Kanzler-nachfolge ihren Tiefstand überwinden zu können. Sie machten Adenauer, einst das vergöttlichte Idol, für die Kette von Wahlniederlagen verantwortlich. Aber oh Sreck - die Regelung liegt zwar schon einige Monate zurück, doch für die CDU wohltätige Wirkungen traten nicht ein. Einige andere CDU-Führer schoben Franz Josef Strauss die Schuld an wachsendem Sympathieverlust zu. Seine Eskapaden trugen vielfach Verwirrung und Unruhe, besonders in die Reihen der norddeutschen CDU ein, der "Rheinische Merkur" kommt jedoch zu bitterem Erkenntnis, daß selbst eine Distanzierung der CDU von Strauss möglicherweise nichts, sicher aber nicht viel an der Situation ändern würde. Das einzige, was wirklich helfen kann, meint das Blatt, wäre eine zielbewußte Aktivität. An welchen Zielen soll sich die Aktivität orientieren? Aktivität um ihrer selbst willen führt ins Leere, trägt keine Früchte. Den Unionsparteien mangelt es nicht nur an einer sicheren Führung, sie sind geschwächt durch tiefgehende innere Auseinandersetzungen, das Erscheinungsbild der Union verliert sich im Nebelhaften und Ungewissen. Es gibt nicht unbeachtliche Kräfte innerhalb der CDU, die nun die Flucht nach vorn antreten wollen und in einer Verschärfung des innerpolitischen Klimas ihr Heil suchen, ja sogar mit dem Gedanken spielen, Adenauer wieder die Führung des Wahlkampfes für 1965 zu überlassen. Diese Rechnung bezahlt heute schon die CDU mit Sympathieverlust.

12. September 1963

Otto Wels zum Gedächtnis

Ein großer Sohn unseres Volkes

Von Fritz Heine

In diesen Tagen, am 15. September, wäre Otto Wels 90 Jahre alt geworden - er starb einen Tag nach seinem 66. Geburtstag in Paris.

Als Otto Wels, zusammen mit Hermann Müller, kurz nach dem Ende des ersten Weltkrieges die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übernahm, waren Sozialdemokratie und Deutschland in Krise und Bedrängnis. Spaltung der Arbeiterbewegung in mehrere feindliche Lager, Zusammenbruch des Reiches, Armut, Hunger und Verderben bildeten den Hintergrund.

Als der Tod ihm, kurz nach dem Anfang des zweiten Weltkrieges, die Parteiführung aus den Händen nahm, war Otto Wels Emigrant, die SPD vertrieben, die Organisation vernichtet und das (inzwischen zum "Dritten" (sozialistisches) Reich im Begriff, sich durch den niederträchtigen Überfall auf Polen das eigene Grab zu graben.

Zwischen diesen beiden tragischen Stationen des eigenen Lebens und der Existenz der Partei und des Vaterlandes lagen zwanzig Jahre der Erregung und Niederlagen; des Aufstiegs zur größten Kraftentfaltung und des Zusammenbrechens alles dessen, was fest und gesichert schien.

Die aus Mehrheitssozialdemokratie und USP 1922 wiedererstandene vereinigte Partei hatte - als Folge der Verschmelzung - in der Zeit zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Aber es war unumstritten, daß Otto Wels in diesem Kreis, ebenso wie im erweiterten Vorstand, die zentrale Persönlichkeit war; - bereit zur kollegialen Zusammenarbeit, aber auch durchaus bewußt der Tatsache, daß er eben doch als der "Erste unter Gleichen" das entscheidende letzte Wort zu sprechen habe. Die Verantwortung dafür hat er nie gescheut.

Wenn einer in der Sozialdemokratischen Partei der Weimarer Zeit im Mittelpunkt der Organisation stand, dann er mit seiner souveränen Beherrschung des Organisationsmechanismus, der intimen Kenntnis der handelnden Personen in Partei und allgemeine Politik, der in Jahrzehnten (durch Kampf und Erfahrung) erworbenen taktischen Beweglichkeit und nicht zuletzt mit seinen organisatorisch wie rednerisch gleich eindrucksvollen Gaben.

Kein anderer sozialdemokratischer Parteiführer jener Zeit genoß in gleicher Weise derartiges persönliches Ansehen auch in den befreundeten Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Vorständen des ADGB, AFA und der SPD war nicht nur Angelegenheit

genheit der Tradition; sie wurde gefestigt in gemeinsamen Aktionen, in gegenseitiger Rücksichtnahme auf die Probleme des Partners und in unzähligen vielen Beratungen, die viele Jahre hindurch von seiten der Partei fast alle persönlich vor Otto Wels geführt wurden. Er kam aus der Gewerkschaftsarbeit, war in der Jugend Angestellter des Tapeziererverbandes in Berlin gewesen - er kannte wie kein anderer die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften.

Nicht anders war es in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in der die SPD sehr rasch nach dem ersten Weltkrieg wieder eine wesentliche Rolle spielte, - wieder vornehmlich repräsentiert durch Otto Wels, der mit den ihm gleichaltrigen führenden Genossen der Bruderparteien (Wanner wie Léon Blum, Louis de Broeckère, Albarada, Stauning, Hansson Abramowitch und den anderen) in vieljähriger Freundschaft verbunden war. Als die SPD 1905 die Reihen der Emigrationsparteien vermehrte, war er es, der für die Selbstbescheidung dieser Parteien eintrat und von da an bei allen internationalen Sitzungen und Konferenzen nur noch seinen Rat gab, niemals mehr aber sein Mandat bei Abstimmungen ausnützte. Er wollte nicht, daß die Emigrantenparteien (auch nicht die eigene) durch ihre Zahl die aktiv in ihren Ländern wirkenden "lebenden" Parteien majorisieren.

Otto Wels hatte noch viel von der unverhohlenen Schroffheit der 1900er Arbeiterführer, ohne deshalb in Strategischen und vor allem in Taktischen unerfahren zu sein. Seine Barschheit, ja, Grobheit war gefordert, er konnte mit einer Lautstärke ins Telefon hineindonnern, daß man sich immer wieder fragte, wozu er sich die Telefonkosten machte; sein Gesprächspartner in München oder Hamburg hätte ihn zweifellos auch drohtlos verstanden. Diejenigen freilich, die ihn genauer kannten, wußten, wie sehr die rauhe Schale Schutzkülle war: wie stark freundschaftliche Begrüßungen und Mitgefühl mit den Schwachen ihn bewegten.

Was immer seine Gegner an ihm auszusetzen hätten - eines hat ihn nie und abzustreiten gewagt: daß er ein Mann von großem persönlichem Mut war. Er stand vor vielen kritisch-gefährlichen Situationen in seinem Leben. Er hat nie den bequemeren Ausweg gewählt, immer ist er geradewegs auf die Gefahr zugegangen. Ob es sich um die Revolutionszeit und seine Rolle als Berliner Stadtkommandant handelte oder seinen entscheidenden Anteil an der Abwehrkämpfung des Kapp-Putsches durch den Generalstreik, ob es um klare Stellungnahme in der Internationale oder in der Partei ging, ob er in von SPD oder KSDAP beherrschten Versammlungen auftrat, oder ob er schließlich als Krönung seines parlamentarischen Wirkens im Reichstag vom 23. März 09 seine berühmteste und mutigste Rede hielt, die in den Worten gipfelte: "Freiheit und Leben kann man uns rauben, aber die Ehre nicht". - Immer war es der Mann, der mit seinem Kopf und seinem Leber einstand für das, was ihm das Essentielle war: der Sache der Arbeiter zu dienen - dem Sozialismus.